

Ausgabe Nr. 13 / 2.7.2002

In aller Kürze

➤ Die Arbeitsmarktpolitik der BA hatte in der Zeitspanne von 1993 bis 1999 einen positiven Einfluss auf die regionale Beschäftigungsentwicklung in Ostdeutschland. Dazu liegen belastbare Ergebnisse für Fortbildungsmaßnahmen (FuU/FbW) und beschäftigungsschaffende Maßnahmen (ABM/SAM) vor. Sie wurden in Analysen mit einem regionalen Entwicklungsmodell und stark differenzierten Daten gewonnen.

➤ Fortbildungsmaßnahmen steigerten die regionalen Erwerbschancen unter anderem durch die Anpassung der beruflichen Qualifikationen an die Arbeitsnachfrage.

➤ Die Effekte von ABM und SAM auf das regionale Beschäftigungswachstum zeigten sich als etwas weniger dauerhaft, waren aber ebenfalls feststellbar.

➤ Für verschiedene Instrumente der Investitionsförderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe, durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Deutsche Ausgleichsbank wurden ebenfalls positive Effekte auf die Beschäftigungsentwicklung gefunden.

➤ Der für die Untersuchungen gewählte Ansatz aus dem ENDOR-Projekt ist besonders gut geeignet, indirekte Effekte – auch Kreislaufwirkungen – dieser Maßnahmen abzubilden, die sich der Evaluation mit Individualdaten entziehen.

Autor/in

*Uwe Blien
Erich Maierhofer
Dieter Vollkommer
Katja Wolf*

Ostdeutschland

Effekte der Arbeitsmarktpolitik auf die regionale Beschäftigung

Maßnahmen der BA verbesserten durchweg die Erwerbschancen – Erfolge der Investitionsförderung sind ebenfalls nachweisbar

Der sogenannte „Eingliederungstitel“ der Bundesanstalt für Arbeit umfasste in den letzten Jahren jeweils ca. 14 Milliarden €, wovon ungefähr die Hälfte in Ostdeutschland ausgegeben wurde. Vor allem Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Maßnahmen beruflicher Fortbildung (FbW, früher FuU) wurden damit finanziert. Im Folgenden wird berichtet, ob diese Maßnahmen positive oder negative Wirkungen auf die Beschäftigungsentwicklung in den Regionen Ostdeutschlands hatten. Die Antworten auf diese Frage ergänzen somit die Ergebnisse des Kurzberichts Nr. 12/2002, in dem die Regionalentwicklung in Ostdeutschland und deren Ursachen geschildert wurden.

Wichtige Indikatoren ökonomischer Leistungskraft zeigen große Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Die Arbeitslosenquote ist im April 2002 im Osten mit 19,6 % mehr als doppelt so hoch wie im Westen mit 8,6 %. Eine bloße Betrachtung des globalen Gefälles zwischen Ost und West verdeckt jedoch erhebliche regionale Disparitäten innerhalb des Ostens, die sich in den neunziger Jahren vertieft haben.

Untersuchungsansatz

Im Rahmen des ENDOR-Projekts des IAB wurden die Determinanten der Regionalentwicklung von 1993 bis 1999 in den neuen Bundesländern allgemein untersucht. Darüber wird im Kurzbericht Nr. 12/2002 informiert.¹ Für die umfas-

senden Analysen wurde ein regionales Entwicklungsmodell verwendet. Die Datenbasis umfasst sehr differenzierte Daten der Beschäftigtenstatistik, der Arbeitsmarktstatistik der BA sowie Daten weiterer Quellen, die bisher nicht zur Verfügung standen. Zu den einbezogenen Determinanten der Entwicklung für die Jahre 1993-99 gehören die Wirtschaftsstruktur, das Lohnniveau und die Qualifikationsstruktur ebenso wie die wichtigsten Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik und der Investitionsförderung.

Von der Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt für Arbeit wurden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) zusammen mit Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM einschl. SAM-OfW) und Maßnahmen der beruflichen Fortbildung

¹ Beide Kurzberichte basieren auf Ergebnissen des ENDOR-Projekts (*Entwicklung der ostdeutschen Regionen*) des IAB. Darin wurden die Determinanten der Regionalentwicklung in den neuen Bundesländern allgemein untersucht. Das Projekt wurde von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gefördert und in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) durchgeführt. Der Projektbericht wurde veröffentlicht (Blien, U.; Blume, L.; Eickelpasch, A.; Geppert, K.; Maierhofer, E.; Vollkommer, D.; Wolf, K. (2001): „Neue Bundesländer: Einflussfaktoren der Regionalentwicklung“, Nürnberg/Berlin (Studie von IAB/DIW im Auftrag der KfW, erhältlich unter: http://www.kfw.de/DE/Research/PDF/KfW-Studie_Neue_Bundesl.pdf),). Eine ausführliche Publikation in den „Beiträgen“, der Buchreihe des IAB, befindet sich in Vorbereitung.

(FbW/FuU) in die (Regressions-)Analysen einbezogen. Untersucht wurde, inwieweit von diesen Maßnahmen Wirkungen auf die regionale Beschäftigung ausgehen. Dazu wurde der Mitteleinsatz in Beziehung gesetzt zur Wachstumsrate der Beschäftigung (nach Beschäftigtenstatistik), die in einem Landkreis bzw. einer kreisfreien Stadt zu beobachten war. Um quantitativ vergleichbare Größen zu erhalten, wurde der regionale Einsatz der Instrumente der Arbeitsmarktpolitik in Geldausgaben (1000 €) pro Beschäftigten in der Region ausgedrückt.

Ergebnisse der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen

Die **Tabelle** zeigt die Effekte verschiedener Arten von Förderung auf das regionale Beschäftigungswachstum in den ökonometrischen Analysen. Positive Werte besagen, dass die betreffenden Fördermaßnahmen die Wachstumsrate der Beschäftigung erhöhen. In allen Analysen wurde der direkte Niveaueffekt von ABM & SAM herausgerechnet, u. a. dadurch, dass der öffentliche Dienst herausgenommen wurde, wo über 90 % der ABM abgewickelt werden.

Fasst man alle Maßnahmebereiche der Arbeitsmarktpolitik (also ABM/SAM & FbW/FuU) zusammen, so hat der Einsatz von 1000 Euro pro Beschäftigten einer Region den in der zweiten Spalte der Tabelle angegebenen positiven Ef-

fekt auf das regionale Wachstum der Beschäftigung. In der letzten Spalte wird der Beschäftigungseffekt nach Maßnahmekategorien getrennt. Für die Bundesanstalt lassen sich so die Beschäftigung schaffenden den Weiterbildungsmaßnahmen gegenüberstellen. In beiden Fällen erhöhen arbeitsmarktpolitische Maßnahmen die regionale Beschäftigung.

Die Größe der Effekte spricht für die Bildungsmaßnahmen (0,114) und gegen beschäftigungsschaffende Maßnahmen (0,038). Erstere scheinen erheblich effektiver zu sein, da mit weniger Geld die gleiche Wirkung auf die regionale Beschäftigung zu erzielen ist. Die tatsächlichen Kosten der Bildungsmaßnahmen liegen jedoch höher, da in den Analysen die Ausgaben für das Unterhaltsgeld nicht aufgenommen wurden, um die Investitionsseite „rein“ zu erfassen. Insgesamt waren von der Bundesanstalt für Arbeit von 1993 bis einschließlich 1999 in Ostdeutschland 30,013 Mrd. € für ABM & SAM und 8,848 Mrd. € für Bildungsmaßnahmen (FbW/FuU) ausgegeben worden. Zusammen mit dem Unterhaltsgeld betragen die Kosten für Bildungsmaßnahmen 25,739 Mrd. €. Will man die Maßnahmekosten in Relation zu ihrer Wirkung richtig vergleichen, muss man den Effekt der Bildungsmaßnahmen demnach annähernd durch drei teilen. Damit ergibt sich für ABM/SAM nahezu die gleiche Wirkungs-/Kostenrelation wie für FbW/FuU.

Trotzdem schneiden Bildungsmaßnahmen besser ab als ABM. Weitere, nicht dargestellte Analyseergebnisse zeigen nämlich, dass die Wirkungen von ABM/SAM schneller abklingen als die von FbW/FuU. Berücksichtigt man eine zusätzliche Zeitverzögerung von einem Jahr, so ist ABM/SAM kaum noch nachweisbar, während der Effekt von FbW/FuU noch anhält und nur wenig schwächer ausfällt.

Beurteilung der Schätzergebnisse

Diese Ergebnisse sind ein Beleg dafür, dass die Arbeitsmarktpolitik wichtige positive Impulse für die Entwicklung der ostdeutschen Arbeitsmärkte geliefert hat. Auf eine Umrechnung der angegebenen Wirkungen in Bestandszahlen wird jedoch verzichtet, da die numerische Größe der Werte mit Vorsicht beurteilt werden muss. Denn unter Umständen wird darin die Wirkung weiterer Fördermaßnahmen mitgemessen, soweit diese mit gleicher Proportion in die Regionen fließen. So werden in bestimmtem Umfang EU- und Landesmittel – über die hier keine Daten vorliegen – mit den Geldern der BA synchron vergeben.

Deshalb ist zu erwarten, dass der quantifizierte Effekt der aktiven Arbeitsmarktpolitik der BA etwas geringer ist als ausgewiesen. Außerdem sind die angegebenen Werte nur von begrenzter Genauigkeit, da sie in einem ökonometrischen Schätzmodell gewonnen wurden. Die Analysen erlauben jedoch eine Beurteilung der „Signifikanz“, also ein Urteil darüber, ob die gefundenen Effekte mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht nur zufällig entstanden, sondern systematisch sind. Dies ist durchgängig der Fall.

Wie kommt es nun zu den geschilderten Zusammenhängen? Fortbildungsmaßnahmen können über verschiedene Wirkungskanäle die lokale Beschäftigung beeinflussen. Sie können die individuellen Erwerbchancen durch die Anpassung der Qualifikation der Erwerbstätigen an die Nachfrage erhöhen und sind eine Investition in produktive Fähigkeiten. Insbesondere in der ersten Hälfte der neunziger Jahre war Ostdeutschland eine Transformations-

Wirkungen verschiedener Fördermaßnahmen auf die regionale Wachstumsrate der Beschäftigung (1993-1999): Positive Werte zeigen eine verbesserte Beschäftigungsentwicklung

Förderung		zusammengefasst	differenziert
Bundesanstalt für Arbeit	ABM & SAM FbW / FuU	0,044 ¹⁾	0,038 ¹⁾ 0,114 ¹⁾
Kreditanstalt für Wiederaufbau	Gewerbe Infrastruktur	0,031 ¹⁾	0,029 ¹⁾ 0,042 ¹⁾
Deutsche Ausgleichsbank		0,077 ¹⁾	0,046 ¹⁾
Gemeinschaftsaufgabe	Gewerbe Infrastruktur	0,003 ²⁾	0,007 ¹⁾ 0,001

¹⁾ auf dem 1-%, ²⁾ auf dem 5-% signifikant.

ABM: Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, SAM: Strukturanpassungsmaßnahme, FbW/FuU: Maßnahme der beruflichen Weiterbildung.

Shift-Share-Regressionen für Kreise und Wirtschaftszweige mit weiteren über 200 unabhängigen Variablen (zu den einbezogenen Determinanten und zur Methode vgl. Kurzbericht 12/2002).

ökonomie, deren Arbeitskräfte zum Teil noch für marktwirtschaftliche Verhältnisse qualifiziert werden mussten.

Arbeitsbeschaffungs- und Strukturpassungsmaßnahmen sind dort zweckmäßig, wo es darauf ankommt, die individuellen Arbeitsfähigkeiten aufrecht zu erhalten und gegebenenfalls durch Übung bei der Arbeit zu verbessern. Viele Maßnahmen in Ostdeutschland dienen zudem der Verbesserung der lokalen Produktionsbedingungen, z. B. durch die Beseitigung von Altlasten, und damit den Perspektiven der betroffenen Regionen.

Der hier gewählte Untersuchungsansatz ist besonders geeignet, indirekte Effekte der verschiedenen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen abzubilden, deren räumliche Verteilung aus der **Karte** auf Seite 5 zu ersehen ist. Solche indirekte Wirkungen treten auf, wenn durch die Maßnahmen spezielle Engpässe auf den lokalen Arbeitsmärkten beseitigt werden. Diese Fälle sind durch eine für die neuen Bundesländer in bestimmtem Grade typische Situation gekennzeichnet, in der ein punktueller Arbeitskräftemangel mit einer allgemeinen Arbeitsplatzknappheit zusammentrifft. Wird der Engpass durch gezielte Umqualifizierungen beseitigt, kann daraus die Einstellung weiterer Arbeitskräfte folgen, so dass sich die Beschäftigungslage generell verbessert.

Weiterhin erhöhen vor allem Bildungsmaßnahmen den gesamten Humankapitalbestand der Region. Wie die Theorie des endogenen Wirtschaftswachstums betont, kann dadurch ein „externer Effekt“ entstehen, der das lokale Produktivitätswachstum beschleunigt. Der externe Effekt beruht darauf, dass sich das Klima für Innovation und Produktivitätsfortschritt in der gesamten Region verbessert.

Außerdem umfassen die indirekten Wirkungen Kreislaufeffekte, die dadurch ausgelöst werden, dass die Maßnahmen unter anderem das Einkommen der Maßnahmeteilnehmer erhöhen und damit die lokale Güternachfrage und schließlich die Beschäftigung steigern. Auf diese Weise wird das Marktpotential der Region erweitert, was wiederum die Ansiedlung anderer Firmen attraktiver macht.

Schließlich können aber auch negative Maßnahmewirkungen auftreten, die in die umgekehrte Richtung weisen. Hierzu gehören Substitutionseffekte, wenn Maßnahmeteilnehmer andere Arbeitskräfte verdrängen.

Ergebnisse anderer Studien

Die hier ausgewiesenen Effekte sind die Summe aus allen direkten und indirekten Wirkungen. Indirekte Wirkungen der Arbeitsmarktpolitik können nur in Analysen mit aggregierten (z. B. regionalen) Daten nachgewiesen werden. Daran könnte es liegen, wenn man in verschiedenen Evaluationsstudien, die überwiegend mit Individualdaten durchgeführt wurden, die Arbeitsmarktpolitik als nicht sehr erfolgreich dargestellt hat.

Auch Regionalanalysen, die nicht die Beschäftigungswirkung als Erfolgskriterium der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen verwenden, sondern die Höhe der Arbeitslosigkeit oder den Abgang aus Arbeitslosigkeit, zeigen allenfalls kleine positive Effekte (vgl. generell für einen Überblick zur Evaluation der Arbeitsmarktpolitik Fitzenberger, Speckesser und weitere Beiträge in MittAB 2000, Heft 3). Der Grund hierfür ist möglicherweise der, dass in derartigen Ansätzen das „Endogenitätsproblem“ der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen nur schwer lösbar ist. Die Maßnahmen werden vor allem dort durchgeführt, wo die Arbeitslosigkeit hoch ist: Maßnahmen und Arbeitslosigkeit sind positiv miteinander korreliert. Dies kann verdecken, dass Maßnahmen die Arbeitslosigkeit tendenziell senken, was eine negative Korrelation implizieren würde.

Selbst mit modernsten ökonomischen Methoden ist das beschriebene Problem nur schwer lösbar. In der vorliegenden Analyse wurde es weitgehend ausgeschaltet, weil die Beschäftigungsentwicklung das „Erfolgskriterium“ für den Einsatz der Arbeitsmarktpolitik darstellt und nicht direkt die Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Zur Zeit können jedoch über die verschiedenen Wirkungskanäle der Arbeitsmarktpolitik und über die Art, wie sie sich in verschiedenen Untersuchungsansätzen feststellen

lassen, nur unzureichende Angaben gemacht werden. Weitere Analysen auf verbesserter Datenbasis sind nötig.

Instrumente der Investitionsförderung

Von den verschiedenen Instrumenten der regionalen Investitionsförderung in den neuen Ländern wurden einige wichtige in die Analysen einbezogen. Die **Tabelle** liefert Anhaltspunkte dafür, dass sie ebenfalls zum Beschäftigungswachstum beitragen. Für die Förderung der gewerblichen Investitionen durch die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) ergeben sich ebenso positive Effekte in den Schätzgleichungen wie für die der Deutschen Ausgleichsbank (DtA). Für die Maßnahmen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gilt, dass sich sowohl die Infrastrukturförderung als auch die Gewährung von Krediten positiv auf die Beschäftigungsentwicklung ausgewirkt haben. Dies wird insbesondere in weiteren Analysen bestätigt, die für das Verarbeitende Gewerbe unter Einbeziehung der Investitionen durchgeführt wurden und hier nicht dargestellt sind.

Von den verschiedenen Programmen gehen deutliche Impulse auf die Aktivität der lokalen Ökonomie aus. Da die Maßnahmen flächendeckend für Ostdeutschland eingesetzt werden, ergeben sich fördernde Effekte für die neuen Länder insgesamt, allerdings bei regional stark unterschiedlichen Schwerpunkten. Die Investitionstätigkeit wird angeregt und ein neuer Kapitalstock gebildet, der das Produktivitätsdefizit Ostdeutschlands reduziert. Auf diese Weise wird das zentrale Problem angegangen, das als maßgeblich für die Wirtschaft der neuen Länder gelten kann: Viele Bereiche sind überregional (noch) nicht konkurrenzfähig.

In der Förderung der KfW und der GA sind Infrastrukturmaßnahmen enthalten, die das Beschäftigungswachstum ebenfalls begünstigen (allerdings ist der Wert für die Gemeinschaftsaufgabe nicht signifikant). Dies ist ein indirekter Hinweis darauf, dass die Infrastruktur Ostdeutschlands immer noch unterausge-

stattet ist. Zudem treten erneut Kreislaufwirkungen der Maßnahmen auf. Die Förderung von Existenzgründern, die besonders stark von der DTA betrieben wird, hatte ebenfalls positive Effekte auf die Beschäftigungsentwicklung, da durch die Gründung von Unternehmen eine Vielzahl von Arbeitsplätzen entstanden ist. Die unterschiedlichen Werte für die einzelnen Förderinstrumente dürfen aber nicht als Ausweis unterschiedlichen Erfolgs interpretiert werden. Denn die einzelnen Programme sind jeweils anders ausgestaltet. So kann hier z.B. nicht exakt nach Zuschüssen oder Krediten unterschieden werden.

Fazit

Das in der Zeit nach der Vereinigung von der Öffentlichkeit erhoffte „Wirtschaftswunder“ für Ostdeutschland ist nicht eingetreten. Die Annäherung an den Westen ist bei wichtigen Indikatoren aber wesentlich schneller gegangen als von internationalen Fachleuten befürchtet worden war. So hat sich die Produktivität in Ostdeutschland in den neunziger Jahren mehr als verdoppelt. In der vorliegenden Studie wurden Belege dafür gefunden, dass diese positiven Entwicklungen auch auf die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Eingriffe zurückgeführt werden können.

Trotzdem bleibt die Situation in Ostdeutschland immer noch höchst unbefriedigend. Die Erwerbschancen vieler Menschen werden immer noch durch hohe Arbeitslosigkeit beeinträchtigt und ihre Durchschnittseinkommen liegen deutlich niedriger als im Westen. Viele junge Menschen müssen schon zum Start ihres Berufslebens hohe Hürden überwinden. Insbesondere in Regionen mit negativer Beschäftigungsentwicklung treten massive Probleme auf. Die Menschen dort sind doppelt betroffen, weil die ostdeutsche Ökonomie generell ein niedrigeres Aktivitätsniveau aufweist und die Gebiete selbst innerhalb des

Ostens noch einmal schlechter gestellt sind. Perspektiven für eine Besserung der Lage werden sich nur ergeben, wenn die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik in ihren Anstrengungen nicht nachlassen und insbesondere die überregionale Orientierung der lokalen Ökonomie fördern.

Wichtiges Ergebnis der Untersuchung ist, dass beschäftigungsschaffende Maßnahmen und Weiterbildung positive Effekte auf die Regionalentwicklung haben. Dies gilt ausdrücklich auch für SAM und ABM, selbst wenn für diese das Fazit nicht ganz so günstig ausfällt wie für FbW und FuU. Eine abschließende Beurteilung der Effizienz ist zwar mit dem vorliegenden Ansatz nicht möglich, weil die Finanzierungsseite (Beiträge und Steuern) in einer Regionalanalyse nicht einbezogen werden kann. Auf jeden Fall sind die vorliegenden Ergebnisse ein deutliches Indiz für relativ starke Wirkungen, zumindest im Untersuchungszeitraum.

In jüngerer Zeit haben die Dienststellen der BA die beschäftigungsschaffenden Maßnahmen zurückgefahren (ABM im April 2001: ca. 119000, im April 2002: ca. 79 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer). Allerdings sollte auch in Zukunft auf ABM nicht vollständig verzichtet werden. Für FbW spricht, dass der Strukturwandel der ostdeutschen Wirtschaft zu einer Umschichtung des Bedarfs an Arbeitskräften führt. Deshalb ist eine partielle Requalifizierung des Arbeitskräftepotentials notwendig, soll nicht die paradoxe Situation entstehen, dass trotz hoher Arbeitslosigkeit in bestimmten Sparten ein Arbeitskräftemangel auftritt.

Diese Art aktiver Arbeitsmarktpolitik ist zweckmäßig so auszurichten, dass ihr investiver Charakter gestärkt wird. Die Vermittlung von Fähigkeiten und Kenntnissen sollte sich dabei möglichst am künftigen Wachstum der Ökonomie und ihrer speziellen Entwicklung in den Regionen orientieren.

Die letzten Ausgaben des **IAB**Kurzbericht im Überblick

- Nr. 16 Enger Verbund
15.10.01 **Warum ist die US-Konjunktur für Deutschland so wichtig?**
- Nr. 17 Beispielhaft?
22.11.01 **Flexible Arbeitszeiten fördern Beschäftigung**
Der jüngste Tarifabschluss bei VW zur Auto 5000 GmbH belegt die Aktualität eines alten Themas
- Nr. 18 Neuregelung der 630-DM-Jobs
29.11.01 **Geringfügige Beschäftigung aus betrieblicher Perspektive**
Ergebnisse aus der IAB-Erhebung über das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot zeigen vor allem strukturelle Wirkungen der Gesetzesänderung
- Nr. 1 Arbeitslosenuntersuchung – Teil 1
21.1.02 **Was beeinflusst den Übergang von der Arbeitslosigkeit in die Erwerbstätigkeit?**
- Nr. 2 Arbeitslosenuntersuchung – Teil 2
21.1.02 **Wie nah am Arbeitsmarkt sind die Arbeitslosen?**
- Nr. 3 Arbeitsvermittlung
14.3.02 **Die Deregulierung in der EU schreitet voran**
- Nr. 4 Arbeitsvermittlung
15.3.02 **Mehr Markt belebt auch das Geschehen in Deutschland**
- Nr. 5 Arbeitsvermittlung
18.3.02 **In Österreich gehen die Uhren schon anders**
- Nr. 6 Arbeitsvermittlung
19.3.02 **Spielräume für den Abbau der Arbeitslosigkeit in der Flaute**
- Nr. 7 Regionale Mobilität am Arbeitsmarkt
4.4.02 **Wohin nach der Berufsausbildung?**
- Nr. 8 Bundesrepublik Deutschland
8.4.02 **Der Arbeitsmarkt 2002 und 2003**
- Nr.9 Warum in die Ferne schweifen?
10.5.02 **Arbeitsmarkt Schweiz – ein noch wenig beachtetes Erfolgsmodell**
- Nr. 10 Projektion bis 2015
16.5.02 **Gute Chancen für moderaten Aufbau der Beschäftigung**
Dies gilt allerdings nur für den Westen Deutschlands, der Osten wird ohne weitere Anstrengungen nicht aufholen können – Berechnungen mit dem IAB/INFORGE-Modell
- Nr. 11 Ingenieurinnen und Informatikerinnen
27.5.02 **Schöne neue Arbeitswelt?**
- Nr. 12 Ostdeutschland
1.7.01 **Determinanten der regionalen Beschäftigungsentwicklung**

Die Reihe **IAB**Kurzbericht gibt es seit 1976. Eine Übersicht über die letzten Jahrgänge finden Sie im Internet oder in der kostenlosen Broschüre „**Veröffentlichungen**“ des IAB (Tel. 0911/179-3025).

IABKurzbericht

Nr. 13 / 2.7.2002

Redaktion

Ulrich Möller, Elfriede Sonntag

Graphik & Gestaltung

Monika Pickel, Elisabeth Strauß

Technische Herstellung

Hausdruckerei der BA

Rechte

Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung des IAB gestattet

Bezugsmöglichkeit

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung,
Regensburger Str. 104,
D-90327 Nürnberg
Tel.: 0911/179-3025

IAB im Internet:

<http://www.iab.de>

Dort finden Sie unter anderem auch diesen Kurzbericht im Volltext zum Download

Rückfragen zum Inhalt an

Autor, Tel. 0911/179-3035
oder e-Mail: uwe.blien@iab.de

ISSN 0942-167X